
Beratungsaufträge vom 28.06.2011 und 17.07.2011 zur Sicherheitsüberprüfung von Einrichtungen zur Entsorgung bestrahlter Brennelemente, Wärme entwickelnder und anderer Arten radioaktiver Abfälle

Als Konsequenz aus den Vorkommnissen in Japan, Fukushima, ist es erforderlich, auch die Sicherheitsanforderungen und die Vorgaben für die Sicherheitsanalysen der Einrichtungen für die Entsorgung bestrahlter Brennelemente und radioaktiver Abfälle in Deutschland zu überprüfen und gegebenenfalls neu festzulegen. Aus Sicht des BMU ist eine Neubewertung von zu unterstellenden Sicherheitsszenarien notwendig, die über die Leistungsreaktoren hinaus auch alle anderen kerntechnischen Einrichtungen erfassen soll. Daher hat das BMU die ESK gebeten, für in Betrieb oder in Errichtung befindliche Einrichtungen zur Behandlung, Zwischen- und Endlagerung bestrahlter Brennelemente, Wärme entwickelnder und anderer Arten radioaktiver Abfälle sowie für die Anlagen zur Urananreicherung in Gronau und die Brennelementherstellung in Lingen jeweils entsprechende Prüfkonzepete zu entwickeln. Für zukünftige Einrichtungen hat das BMU darum gebeten, die zu Grunde liegenden Sicherheitsanforderungen zu prüfen.

Die Ergebnisse der bisherigen Beratungen in der Reaktor-Sicherheitskommission und der Überprüfungen der Leistungsreaktoren durch die atomrechtlichen Aufsichtsbehörden und ihre Sachverständigen sollen dabei berücksichtigt werden.

Zur Bearbeitung dieses Beratungsauftrags und zur Vorbereitung einer ESK-Empfehlung hat die ESK eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe eingerichtet.

Für Anlagen der Brennstoffversorgung, Zwischenlager für bestrahlte Brennelemente und Wärme entwickelnde radioaktive Abfälle sowie für Anlagen zur Behandlung bestrahlter Brennelemente liegt bereits die [ESK-Stellungnahme](#) vom 14.03.2013 zum Stresstest für Anlagen und Einrichtungen der Ver- und Entsorgung in Deutschland, Teil 1, vor. Für Lager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle, stationäre Einrichtungen zur Konditionierung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle sowie für Endlager für radioaktive Abfälle dauern die Beratungen noch an.